

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1923

12.9.1923 (No. 211)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
Str. 114
Fernsprecher:
Nr. 863
und 954
Abbestellort:
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
J. B. Rebkauer
Carl Aug.
Ceyfrieß,
Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für 10.—15. September 1 300 000 M. — Einzelnummer 200 000 M. — Anzeigengebühr: 6 Grundspalten für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassencabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antiklische Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrichstraße 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung, gleichzeitiger Bezahlung und Kontoverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Vergütung übernommen. Abbestellungen der Zeitung kann nur je 60 Stk. auf Monatschluß erfolgen.

Verhandlungsgerüchte

Eine deutsch-französische Aussprache scheint nach Pariser Meldungen im Gange zu sein. Im Pariser Auswärtigen Amt wird bestätigt, daß der französische Botschafter de Margerie in Berlin mit dem Reichskanzler Stresemann in den letzten Tagen mehrere Unterredungen gehabt hat. Die für heute angekündigte Rede Stresemanns wird darüber wohl weitere Aufschlüsse geben. Die „Frankf. Zig.“ warnt vor einer Überschätzung der Tragweite dessen, was die französische Presse berichtet. Daß die Reichsregierung schon seit Wochen bemüht sei, eine unmittelbare Aussprache mit Paris und Brüssel im Gange zu bringen und eine Plattform für eine auch vom deutschen Standpunkt aus erträgliche Liquidation des Ruhrunternehmens zu finden, sei bekannt. Die Frage sei nur, ob man in Paris eine Vereinbarung wolle. Bis jetzt bemühte man auf französischer Seite noch immer jedes Angebots, daß man geneigt wäre, von der Forderung nach bedingungsloser Kapitulation abzulassen. In irgendwelchem Optimismus sei also kein Anlaß gegeben. Das deutsche Volk müsse sich darüber klar sein, daß ihm in den nächsten Wochen sehr Schweres bevorstehe und es müsse seine ganze Kraft zusammenschließen, um aus dieser Epoche des Drucks und der Not seinen staatlichen Bestand heraus zu retten.

Der „Demokratische Zeitungsdienst“ gibt eine Darstellung der augenblicklichen Lage: „Das deutsche Volk soll und muß rechtzeitig auf die entscheidende Wendung in der Außenpolitik vorbereitet werden, wenn es nicht nachher zu unliebsamen Überraschungen kommen soll. Der Reichskanzler hat sich am Donnerstag voriger Woche durch eingehende Besprechung mit allen Abgeordneten der bestetzten Gebiete die Zustimmung dieser maßgebenden politischen Persönlichkeiten zu seinen bisherigen und zu seinen demnächstigen Schritten verschafft. Selbst der dabei anwesende Sprecher der Deutschen Nationalen hat keinen Widerspruch erhoben, sondern nur die Haltung seiner Partei von der Stellungnahme der deutschnationalen Führer im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages abhängig gemacht. Auch eine Aussprache zwischen dem Reichskanzler und den Spitzenvertretern der deutschen Gewerkschaftsorganisationen am Samstag hat volle Übereinstimmung über die einzuschlagende Wege ergeben. Es fehlt jetzt nur noch die genaue Formulierung und Präzisierung der deutschen Vorschläge. Mit ihr beschäftigt sich die Reichsregierung in diesen Tagen. Dann werden auch die Parteiführer zu den Beratungen zugezogen werden. Ob der Reichstag hierauf bald einberufen wird, ist noch fraglich. Voraussichtlich wird man damit warten, bis das deutsche Angebot in Paris vorliegt. Aber auf jeden Fall wird jetzt an allen in Betracht kommenden Stellen aufs eifrigste daran gearbeitet, eine Verständigung mit Frankreich zu erzielen, welche die geplante Rhein- und Ruhrbevölkerung freisetzt, feste gegenseitige Garantien für einen wirklichen Frieden schafft und Deutschland einen Ausweg aus der gegenwärtig unerträglichen Lage bietet, der der Opfer wert ist, die bisher gebracht worden sind und in Zukunft in noch höherem Maße werden gebracht werden müssen.“

Von deutscher Seite liegen bisher über die Besprechungen zwischen dem Reichskanzler und dem französischen Botschafter keine Mitteilungen vor. Ein Pariser halbamtliches Kommuniqué teilt mit, daß im Laufe dieser Besprechungen von der deutschen Regierung keinerlei Angebot gemacht worden ist und auch nicht gemacht werden konnte, da der passive Widerstand an der Ruhr noch nicht aufgehört habe und die französische Regierung an ihrem Standpunkt festhalte, daß die Aufgabe dieses Widerstandes allen Verhandlungen vorzugehen müsse!

In ähnlicher Weise schreibt der „Tenzp“. Er erklärt, daß der Kanzler dem französischen Botschafter lediglich die Tendenzen seiner Politik auseinandergesetzt habe, um dann fortzufahren, die deutsche Regierung befände sich in einer äußerst kritischen Situation. Weder die französische noch die belgische Regierung wünsche eine Katastrophe in Deutschland. Es sei deshalb durchaus natürlich, daß man von deutschen Angeboten und Verhandlungsversuchen spreche. Selbst die englische Regierung rate der deutschen nunmehr zu einer direkten Verständigung mit Frankreich. Über die Haltung Frankreichs der neuen Situation gegenüber, führt das Blatt — unter ausdrücklicher Betonung, daß es nicht nur seine eigene Meinung wiedergebe — aus, Frankreich habe nicht die Gewohnheit, öffentlich zu verhandeln. Wenn Poincaré auch wiederholt die unänderlichen Richtlinien seiner Politik in öffentlichen Reden niedergelegt habe, so habe er doch gleichzeitig deutlich genug zum Ausdruck gebracht, daß Neben die Verhandlungen nicht überflüssig machen. Die Vorbedingung jeder Aussprache sei nach wie vor die Einstellung des passiven Widerstandes im Rheinland wie im Ruhrgebiet. Weder Frankreich noch Belgien hätten irgendwelche Veranlassung, das Ende dieses Widerstandes mit Konzessionen zu erkaufen, um so weniger, als dieses Ende ebenso sehr im Interesse Deutschlands selbst als in dem seiner Gläubiger liege. Jeder Versuch, eine Diskussion über die deutsche Zahlungsfähigkeit einzuleiten, werde in Frankreich auf eine unübersteigbare Mauer stoßen. Der Betrag des von Deutschland wiederzugumachenden Schadens und dementsprechend der Betrag der deutschen Schuld könne durch keine Debatte modifiziert werden. Er sei ein für alle Mal festgesetzt worden, und man habe ihn hinzunehmen, wie er sei. Theoretische Auseinandersetzungen darüber, was Deutschland heute oder was es in zehn Jahren zu leisten vermöge, seien müßige Kombinationen, und die deutsche Regierung habe keine

Zeit mehr zu verlieren, wenn sie den letzten Rest von Autorität, über den sie noch verfüge, retten wolle. Herr Stresemann habe in seiner letzten Rede die Garantien allgemeiner Natur erwähnt, die Deutschland den Alliierten als Ersatz für die lokalen Pfänder im Rheinland und an der Ruhr anzubieten bereit sei. Wenn er sich auf Vorschläge dieser Art verweisen sollte, dann sei jede weitere Aussprache überflüssig. Poincaré habe bereits die Antwort darauf gegeben, daß Frankreich den Sperling in der Hand der Taube auf dem Dache vorziehe, und daß es nicht daran denke, seine Pfänder aufzugeben im Austausch gegen illusorische Versprechungen. Die Frage der Sicherheit endlich dürfe in keiner Weise mit dem Reparationsproblem verknüpft werden. Jeder dahingehende Versuch werde die Verhandlungen ausfrieren lassen.

Die wenigen unabhängigen Blätter Frankreichs üben an den letzten Reden Poincarés scharfe Kritik. Sie erblicken darin geradezu den Versuch, die durch das Kabinett Stresemann gebotenen Verständigungsmöglichkeiten zu sabotieren. Unter der Überschrift „Katastrophenpolitik“ schreibt der „Quotidien“: „Frankreich habe an der Verständigung ein ebenso großes materielles wie moralisches Interesse, denn die Welt, deren Größe heute auf Paris gerichtet seien, würde es nicht mehr glauben, daß Frankreich keine Hintergedanken habe, wenn es sich auf die sterile Politik der letzten Monate verweise. Die Pfänder, die man Poincaré angeboten habe, weise er unbesehen zurück, um sich an diejenigen zu halten, die in den neun Monaten, seit sie von Frankreich ergriffen worden seien, so gut wie nichts eingebracht hätten. Im „Populaire“ heißt es, „Poincarés Verblendung und sein Egoismus seien unüberwindlich, und das sei das Schlimmste von allem. Europa stehe vor einem gefährlichen Wendepunkt. Herr Poincaré selbst habe das Fahren einer Katastrophe, die vielleicht die furchtbarste werden könne, die je über die zivilisierte Welt hereingebrochen sei, erkannt, aber statt zu handeln, verweise er, sich die Hände in Unschuld zu waschen mit der Erklärung, daß er diese Verantwortung ablehne.“

Die englische Presse erklärt, daß die Krise der Ruhrfrage eine Entscheidung unaufschiebbar mache. „Daily Telegraph“ erklärt offiziell, die Einstellung des passiven Widerstandes würde die Neuprüfung einer völlig veränderten Lage bedingen, wobei gewisse englisch-französische Schwierigkeiten weiter bestünden. Die „Morning Post“ fordert natürlich eine schleunige Verständigung mit Frankreich, während der „Manchester Guardian“ ausgesprochen pessimistisch urteilt und sogar begreift, ob eine internationale Kommission zur Prüfung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands noch Zweck habe. Das Blatt befürchtet, die englische Regierung lasse die Dinge steuerlos auf eine Klippe zutreiben.

Zu der Frage der Wiederbefreiung des Postens des deutschen Botschafters in Paris und des deutschen Gesandten in Brüssel schreibt die Berliner „Zeit“, daß die Wiederbefreiung beider Posten bereits unter der Regierung Cuno erwogen worden sei. Sie werde zum gegebenen Zeitpunkte erfolgen.

Goldnotenbank und Devisenerfassung

Nach all dem, was über das Goldnotenbankprojekt der Reichsregierung verlautet, scheint man sich im Kabinett darüber schlüssig zu sein, daß die Errichtung der Notenbank zwar in jeder Weise zu fördern und vorwärts zu bringen ist, daß vor allem die Goldwerte für die Deckung der auszugehenden Goldnoten zusammenzubringen sind, daß aber die Bank erst in Funktion treten kann, wenn die bekannten finanziellen Voraussetzungen hierfür geschaffen sind. Mit anderen Worten: Alles was im augenblicklichen Stadium geschehen kann, sind lediglich Vorarbeiten. Man wird gezwungen sein, es mit der Papierwährung weiter zu versuchen und hofft anscheinend, daß es gelingt, die Ausgabe von Papiermark später wenigstens zu limitieren. Borerst ist infolge des neuen Sturzes der Papiermark aus Bodenlosigkeit fast alles in der Schwebel.

Zum Kabinettsbeschluss über die Notenbank führt die „Frankf. Zig.“ aus: Der Beschluss dürfte im wesentlichen darauf hinauslaufen, daß bei der Reichsbank eine Goldabteilung geschaffen wird, die den späteren Übergang zu einer neuen Goldwährung vorbereiten soll. Die Voraussetzung für die Fruchtbarkeit dieser Vorarbeiten bleibt immer die unbedingte vorherige Deckung des Defizits des Reichshaushalts. Wir glauben annehmen zu dürfen, daß sich maßgebende Persönlichkeiten dieser Ansicht nicht verschließen, und man mag hoffen, daß nicht unter dem Druck einer mit Schlagworten arbeitenden Agitation doch noch Experimente mit der Währung, sei es auch in einer gegenüber den privaten Plänen abgeschwächten Form, gemacht werden. Solche Experimente, die den Zusammenhang von Finanzen und Währung berühren, wären aber nicht nur fruchtlos, sondern schädlich, weil sie den Weg zur wirklichen Gesundung des neuem veröden würden. Der Beschluss des Reichskabinetts läßt die Möglichkeit eines Vorgehens in der richtigen Reihenfolge offen.

Wie das „B. L.“ hört, wird die organische Verbindung der Goldnotenbank mit der Reichsbank in der Form geplant, daß die Reichsbank einen erheblichen Teil des Kapitals der neuen Bank übernimmt und ihr einen Teil ihres Goldbestandes zum Zweck der Goldnotendeckung überläßt. Die privaten Kreise, die sich an der neuen Bank beteiligen, sollen den reiflichen Teil des Kapitals gegen Aktienzahlungen über-

nehmen. Die auszugehenden Goldnoten sollen zu einem hohen Prozentsatz durch Gold und Devisen und zum weiteren Teil durch Goldwechsel und Goldkredite aus Wirtschaftskreisen gedeckt werden.

Gegenüber unzutreffenden Berichten, welche anlässlich der gegenwärtigen Beratung über die Währungsfrage entstanden sind, wird darauf hingewiesen, daß die Papiermark ihre Geltung als gesetzliches Zahlungsmittel behalten wird. Die von der Regierung beabsichtigten Maßnahmen sollen geeignet sein, den Wert der Papiermark zu stützen.

Einschränkung der Devisenbanken

Der Reichskommissar für Devisenerfassung hat eine Verordnung erlassen, die nach Außerkraftsetzung des § 1 des bisherigen Notengesetzes bestimmt, daß der auf Grund dieses Paragraphen durch die obersten Landesbehörden im Einvernehmen mit dem Reichsmarktschaffensminister als Devisenbanken zugelassenen Personen oder Personenvereinigungen aufhören Devisenbanken zu sein. Devisenbanken im Sinne der Gesetzgebung sind die Banken und Bankiers oder deren Zweigniederlassungen, die Mitglied der an ihrem Sitz befindlichen Abrechnungsstelle der Reichsbank sind. Die oberste Landesbehörde kann im Einvernehmen mit dem Kommissar für Devisenerfassung weitere Banken und Bankiers als Devisenbanken zulassen. Devisenbanken, die nicht Mitglieder einer Abrechnungsstelle der Reichsbank sind, dürfen ihre laufenden Geschäfte mit Zahlungsmitteln oder Forderungen in ausländischer Währung bis zum 30. September 1923 abwickeln.

Die Einschränkung verfolgt hauptsächlich den Zweck, den Devisenmarkt durchsichtiger zu machen und die Kontrolle zu vereinfachen. Bisher waren es 5000 Banken, welche ständig ihre Devisenbestände an die Devisenbeschaffungsstelle zu berichten hatten, jetzt wird die Zahl dieser Banken auf 200 herabgesetzt. Der Devisenkommissar will dem „Vorwärts“ zufolge ferner die Devisen von gewissen unklarerer Elemente befreien. In Berlin ist bereits damit begonnen worden. Außerdem beabsichtigt er, die Banken zu weitgehenden Auskünften heranzuziehen, um vor allen Dingen eine scharfe Nachprüfung der Handelskammerbescheinigungen vorzunehmen.

Beschlagnahme der Edelmetalle

Nach einer weiteren Verordnung beschlagnahmt der Kommissar mit Wirkung vom 12. September alle in eigenem und fremdem Gewahrsam befindlichen Edelmetalle wie Silber, Gold und Platin und Legierungen in Form von Münzen, Edelmetalle in jeder Form, ferner Goldfabrikate, Bruch und Abfälle. Diese sind bis 21. September anzumelden. Ausgenommen sind Gegenstände aus Gold und Silber, Double, sowie Fertigarbeiten. Einzelfallen ist jedoch nicht daran gedacht. Schmuckgegenstände in diese Verordnung mit einzubeziehen. Die Verordnung beschränkt sich auf geringstes Gold und Silber, Edelmetalle in Barren und Blechform oder in irgend einem nicht gewöhnlich bearbeiteten Rohzustand. Wenn die erste Aufforderung keinen Erfolg haben wird, werden schärfere Verfügungen nicht ausbleiben.

Politische Neuigkeiten

Die Ruhrpolitik Frankreichs

Ludwigshafen a. Rh., 8. Sept. Gegen die Sonderbundsbewegung in der Pfalz wendet sich ein gemeinsamer Aufruf der pfälzischen politischen Parteien, der Bayerischen Volkspartei der Pfalz, der Deutschen Volkspartei, der Deutschen Demokratischen Partei und der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei der Pfalz. Der Aufruf macht darauf aufmerksam, daß trotz der wiederholten feierlichen Erklärungen sämtlicher pfälzischer Parteien, Wirtschafts- und Berufsgruppen gegen jeden Versuch der Loslösung des linken Rheinufers und der Pfalz insbesondere, politische Abenteuer unter Ausnutzung der wirtschaftlichen und politischen Not mit dem abenteuereichen Gedanken der „Selbständigmachung“, Neutralisierung oder „Separation“ (d. h. Abtrennung) des linken Rheinufers spielen. Die Agenten von Smeets und Dorein verdrängen neuerdings auf Plakaten, in Zeitungen und Flugblättern durch landesverräterische Redensarten die Bevölkerung zum Beitritt in die „Republ. Volkspartei“ zu locken und eine rheinische Republik zu schaffen. In den Gemeinden wollen sie Zehnerausschüsse aufstellen, ihre Kreaturen sollen „Konkulin“ und „Grenatäre“ in der neuen Republik werden. Die Parteien rufen deshalb ihre Parteifreunde und Parteimitglieder aufs neue auf, dem Vaterland Treue gegenüber diesen winzigen Bruchteilen der Bevölkerung, den die Dornenleute darstellen, zu bewahren.

Düsseldorf, 11. Sept. Über das Schicksal des Herrn Krupp v. Bohlen und Halbach und der mit ihm verurteilten drei Mitglieder des Krupp'schen Direktoriums, wird mitgeteilt, daß die Meldungen unzutreffend seien, daß die Herren nach Lille ins Gefängnis gebracht worden seien. Vorläufig bleiben Krupp und die Direktoren weiter in Haft in Düsseldorf. Für die vier Herren haben die Franzosen die Wohnung des Direktors des staatlichen Düsseldorf-Gefängnisses in der Ulmenstraße, in dem sie bisher zwischen den übrigen Gefangenen untergebracht waren, beschlagnahmt und ihnen Aufenthalt in dieser Wohnung angewiesen.

Buer, 11. Sept. Die Belgier nahmen heute in der Stadtkasse alle vorhandenen Gelder in Höhe von etwa 60 bis 70 Millionen weg. Die auf Anzahlung wartenden Erwerbslosen wurden aus dem Rathaus getrieben.

Gelsenkirchen, 11. Sept. Die Franzosen stellten heute der hiesigen Hauptkasse einen Besuch ab und nahmen den Kassenbestand fort, wobei ihnen nicht weniger als 41,9 Milliarden Mark in die Hände fielen.

Essen, 11. Sept. Der deutsche Gewerkschaftsbund in Essen hat in der Frage des gegenwärtigen Standes der Abwehr an der Ruhr Stellung genommen zu den Vorkommnissen der letzten Wochen, vor allem zu dem verräterischen Verhalten einzelner Vergewalteter; es wird erklärt, daß es sich nur um einen kleinen Prozentsatz vaterländischer entzweigelter und moralisch verkommenen Elemente gehandelt habe. Ferner wird darauf hingewiesen, daß das Treiben auf die mit mindestens 10 Prozent Belegschaft tätigen Arbeiter fremder Nationalität zurückzuführen sei. Die bekannten Auslassungen der sozialdemokratischen Presse über die Bedingungen für die Aufgabe des passiven Widerstandes werden vom deutschen Gewerkschaftsbund zurückgewiesen bzw. korrigiert. Als Bedingungen des deutschen Gewerkschaftsbundes werden folgende Richtlinien aufgegeben:

1. Rückkehr der Ausgewiesenen mit ihren Familien, Freilassung der Gefangenen.
2. Schärfste Ablehnung jedes Versuches einer Schwächung der staatlichen Souveränität des Reiches und die Forderung der Aufhebung der fremden Maßnahmen, die diese Rechte beeinträchtigen.
3. Übernahme fest umgrenzter wirtschaftlicher Verpflichtungen bis zur Grenze des Möglichen, jedoch nicht auf Grund einseitigen Diktates, sondern auf dem Wege von Verhandlungen.

Berlin, 11. Sept. Der preussische Minister des Innern Sebering hat an alle mittelbaren und unmittelbaren Staatsbeamten und an die Notare und Verleger des besetzten Gebietes einen Erlass gerichtet in dem es u. a. heißt: Nach sieben Monaten schärfter Verdrängnis möchte ich nicht unterlassen, allen Beteiligten für das treue Aushalten im zähen Abwehrwillen Dank und Anerkennung auszusprechen. Die Erfahrungen der letzten 7 Monate berechtigen die Staatsregierung zu der zuverlässigen Hoffnung, daß der besonnene Abwehrwille der rheinischen Bevölkerung trotz der Bedrückung ungeschwächt fortbesteht, und daß alle die zahllosen Opfer an Gut und Blut, an Leben und Freiheit nicht umsonst gebracht sind, und daß das Rheinland und Westfalen bei Reich und Staat erhalten werden.

Die bayerische Steuerkritik

Gegen die neuen Steuern wird von allen drei bayerischen Regierungsparteien agitiert, und alle drei haben im Landtag an die bayerische Regierung die Aufforderung gerichtet, eine Änderung durchzuführen. Die Bayerische Volkspartei hat in ihren jüngsten Fraktionsberatungen sich in ihrer Kritik der neuen Steuern auch gegen die Praxis des Reichstages gewandt, durch seine Initiative Gesetze zu veranlassen und so die Mitwirkung der Reichsräte und der Länder zu umgehen. Eine Sabotierung der Steuererhebung wurde zwar abgelehnt, aber Änderungen zugunsten der Landwirtschaft und des gewerblichen Mittelstandes, Hinausschiebung der Steuertermine, Stundungen und Steuernachlässe usw. gefordert und eine Erhöhung der Arbeitsleistungen nach Zeit und Qualität als notwendiges Gegenstück bezeichnet. Schließlich verlangt die Bayerische Volkspartei eine Steuerreform auf der Grundlage der Besteuerung des reinen Einkommens und einer Zusatzsteuer für den Besitz, die Überweisung der Einkommensteuer an die Länder und Gemeinden und eine Vereinfachung im Staatsbetriebe.

Nach einer Meldung aus München hat die bayerische Staatsregierung mit den Führern der Koalitionsparteien verhandelt. Die bayerische Regierung erklärte sich bereit, verschiedene Anregungen in Berlin mit allem Nachdruck zu vertreten. U. a. soll verlangt werden: Unverzögliche Prüfung, ob die neuen Steuern für alle Teile der Wirtschaft gleichmäßig tragbar sind. Soweit eine Gefährdung einzelner Berufsstände nachweisbar ist, muß eine entsprechende Änderung oder Milderung der Steuern herbeigeführt werden. Die weitgehenden Befugnisse des Reichsfinanzministers sind auf das notwendige Maß zurückzuführen. Dem Reichsrat muß künftighin bei der Beratung und vor der Verabschiedung die Möglichkeit der Steuererhebung das verfassungsmäßige Recht der Mitberatung unverfügt zugestanden werden. Das Verbot aller möglichen Reichsteuern muß aufgehoben. An die Stelle dieses Verbotes sind einige große Steuern zu setzen. Die Länder und die Gemeinden müssen sobald wie möglich durch Übertragung der Einkommensteuer finanziell selbständiger gemacht werden.

Rücktritt der thüringischen Regierung

Die thüringische Regierung hat am Dienstagabend ihren Rücktritt erklärt. Am Samstag gelangten Mißtrauensanträge der bürgerlichen Parteien zur Annahme, da auch die Kommunisten dafür stimmten. Die Kommunisten hatten radikale Forderungen gestellt, die als Ganzes von den Sozialdemokraten abgelehnt wurden, wobei die Sozialdemokraten auch die große Koalition, wie sie im Reichstag besteht, ablehnten. Die bürgerlichen Parteien haben die Auflösung des Landtags beantragt.

Die politische Lage in Thüringen, wo, wie in Sachsen, eine sozialistische Regierung von der Unterstützung der Kommunisten abhängig war, ist seit längerem sehr gespannt. Der Regierung, die von den Parteiparteien sehr stark bekämpft wird, war neuerdings auch von den Kommunisten die Gefolgschaft aufgesagt worden. In Getha war die Situation am vergangenen Samstag und Sonntag ziemlich trüblich. Die rechtstabilen Verbände beobachteten ähnllich wie feinerzeit in Nürnberg in Getha, dem Zentrum der kommunistischen Partei für Thüringen, einen Deutschen Tag abzuhalten, der verboten wurde. Ebenso die kommunistischen Gegendemonstrationen. Trotz dieses Verbotes hatten sich aber zahlreiche Hunderttausender der Kommunisten und der jungdeutschen Verbände versammelt. Am Abend kam es zu größeren Ausschreitungen und Zusammenstoßen, bei denen auch Schüsse fielen und eine Anzahl Personen zum Teil schwer verletzt wurde. Die Polizei konnte schließlich mit Hilfe von Verstärkungen aus Weimar die auswärtigen Anhänger der beiden Parteien getrennt in die Züge bringen. Auch die Wirtschaftssage ist sehr ernst. Es laufen sehr viele Anträge auf Stilllegung von Industriebetrieben ein.

Im italienisch-griechischen Konflikt

Ist nun die Frage der Räumung Korfu akut. Die Vorkonferenz ist in ihrer Mehrheit dafür, daß diese Räumung zu erfolgen habe, sobald Griechenland die Entscheidung der Konferenz angenommen hat. Mussolini hat aber in diesen Tagen der Vorkonferenz erklärt, daß die Räumung erst, wenn Griechenland alle verlangten Reparationen voll und endgültig zur Ausführung gebracht hat, d. h. nach Bestrafung der Attentäter erfolgen könne, was einen Aufschub um Monate bedeuten kann, da die noch gar nicht ermittelten Mörder in dem wilden unzugänglichen Gebirgsland ergriffen werden müssen. Der Beschluß der Vorkonferenz lautet nun: „Die Räumung soll erfolgen, sobald die alliierte Überwachungskommission sich an Ort und Stelle überzeugt hat, daß die griechische Regierung alles in ihren Kräften stehende tut, um der Mörder habhaft zu werden.“ Diese Normel ist Mussolini telegraphisch übermittelt worden und man erwartet seine Antwort.

Am Finnestreit hat die polnische Regierung bei der italienischen Regierung eine Verlängerung der in dem Ultimatum mit Bezug auf die Frage von Finne gestellten Frist, bis am 15. September abläuft, verlangt. Sie begründet ihr Gesuch damit, daß es, um die Verhandlungen fortsetzen zu können, nötig sei,

eine längere Frist zu erhalten, um die Frage der Vermittlung des Schweizer Bundesrates zu untersuchen.

Der Umstand, daß der französische Marschall Brande 5. September Sonnabend gleichzeitig mit Paris nach Jugoslawien abgereist ist, wird in Pariser politischen Kreisen als deutlicher Hinweis an die Adresse Italiens aufgefaßt. Die Reise des Marschalls war seit langem geplant; aber es ist klar, daß ein Vorwand für eine kleine Verschiebung leicht zu finden gewesen wäre, falls Frankreich einen solchen im Hinblick auf den 15. September das für Finne wichtige Datum, gewünscht hätte. Man sieht in dem Verzicht auf eine derartige Verschiebung einen Beweis dafür, daß Frankreich an die Seite Jugoslawiens treten würde, wenn Italien einen Vorstoß in der Finnefrage unternehmen sollte. In Pariser unterrichteten Kreisen wird versichert, Poincaré habe die italienische Regierung darüber unambigu aufgestellt.

Der Völkerbund und Frankreich

London, 10. Sept. Der „Observer“ schreibt über das Fiasco von Genf: Die historische Freundschaft zwischen England und Italien habe einen solchen Schlag erhalten, daß es lange dauern werde, bis sie sich davon erholen würde. Die diplomatische Grundlage der neuen britischen Politik in Bezug auf das Ruhrgebiet wurde zertrümmert. Rom sei gezwungen, Paris mehr Unterstützung in der Ruhrfrage zu geben im Austausch gegen die Unterstützung, die Paris Rom in der italienisch-griechischen Frage gebe. Der augenblickliche Völkerbund sei dem Selbstmord nahe gekommen. In keiner Frage wachte der Völkerbund gegen Frankreich aufzutreten. Er stand beiseite, während das Ruhrgebiet sich acht Monate hinschleppte und weit mehr Tötungen von Menschen und unzählige Leiden und Schäden verbreitete. Wenn es keine Ruhrinvasion gegeben hätte, hätte auch keine Beschließung Korfus stattgefunden. Die Frage von Leben und Tod für Europa sei, ob der Völkerbund von dem, was er jetzt ist, zu dem gemacht werden soll, was er sein müsse. Der Völkerbund werde niemals seines Namens oder seiner vitalen Zweckes fähig sein können, bevor er nicht Deutschland und Rußland unter gleichen Bedingungen zu seinen Mitgliedern zähle.

Nach einer Meldung aus Genf hat die litauische Regierung die Völkerbundsversammlung ersucht, dem ständigen internationalen Gerichtshof folgende Frage vorzulegen, die sich auf die Entscheidung des Völkerbundesrates im litauisch-polnischen Konflikt bezieht: Sind die Beschlüsse des Völkerbundesrates, die nur von einem Teil der streitenden Parteien angenommen wurden, dem anderen Teil, der sie verwerfen hat, rechtsgültig und steht sich der absteigende Teil, wenn er nach der im Völkerbundsstatut festgesetzten Frist den Krieg erklärt, den Sanktionen aus Artikel 16 aus?

Kurze Nachrichten

Der preussische Landtag hat am Dienstag seine Tätigkeit wieder aufgenommen und nahm verschiedene kleinere Vorlagen an. Die Kommunisten hielten Agitationsreden und setzten es durch, daß die im Laufe amwesenden Betriebs- und Erwerbslosenräte im Plenum gehört wurden. Als deren Anträge abgelehnt wurden, gab es auf den Tribünen, die schließlich geräumt wurden, ohrenbetäubende Ärmjagen.

Zusammenstöße in Dresden. Zu schweren Zusammenstößen ist es in Dresden gekommen. Vor dem Rathaus bedrängte ein von dem verurteilten Agitator Wellmann geführter Demonstrationstrupp der sogenannten revolutionären Erwerbslosen die Polizei, die mit Steinen beworfen wurde, so daß sie sich zwingen sah, nach einigen Schreihäufigen scharfe Schüsse abzugeben. Die Demonstranten hatten dabei acht Verwundete, von denen einer in Lebensgefahr schwelgt. Die Äußerungen im Stadtzentrum sind geschloffen. Am Nachmittag drangen Demonstranten in die Druckerei und die Redaktionsräume der „Dresdner Neuesten Nachrichten“ und verlangte den Widerruf eines ihnen mißliebigen Berichtes durch Extrablatt. Den ganzen Dienstag über zogen Trupps durch die Straßen.

Verständigung im Feigner-Konflikt? Der Konflikt zwischen dem Ministerpräsidenten Dr. Feigner und dem Reichswehrminister Dr. Geßler, der soviel Staub aufgewirbelt hat, scheint sich, wie die „Voss. Ztg.“ meldet, augenblicklich einem Ausgleich zuneigen zu wollen. Man hat anscheinend jetzt auf beiden Seiten den guten Willen, den so sehr unerquicklichen Konflikt im Rahmen einer nochmaligen Aussprache zwischen den beteiligten Personen in Berlin zu lösen.

Verbandsdelegierte. Die Verbandsdelegierten für Telegrammgebühren nach dem Ausland betragen seit 8. d. Mts. 11.000.000, die Vorkosten für Österreich und Tschechoslowakei 292.000, für Ungarn 842.000 Mark.

Ein russisches Dementi. In Berliner russischen Kreisen waren Gerüchte verbreitet, die von einem Anmarsch in Moskau und von einem Ultimatum gegen Tschingel sprachen. Die Berliner Sowjetvertretung teilt dazu mit, es handle sich um eine Fehlmeldung aus trüber Quelle.

Todesstrafe gegen einen französischen Spion in Rußland. Das Oberste Gericht in Moskau fällt das Urteil im Prozeß des Franzosen de Tournefort. Dieser hatte seit Jahren der französischen Regierung als Spion in Sowjetrußland gedient. Das Urteil lautet auf Todesstrafe mit Ausschluß jeglicher Amnestie.

Die Anklage gegen das bulgarische Kabinett Stambulinski. Dem Gericht in Sofia wurde jetzt die Anklageschrift gegen die Mitglieder der Regierung Stambulinski übergeben. Die Anklage lautet auf Hochverrat. Von den in Bulgarien verbliebenen Ministern sind aber alle außer Bedoff ums Leben gekommen. Infolgedessen kann nur er allein vor Gericht gestellt werden.

Spanien und Marokko. Nach einer Meldung des „Matin“ aus Madrid haben die spanischen Gewerkschaften beschlossen, den Generalkrieg auszurufen, wenn die Feindseligkeiten in Marokko wieder beginnen sollten.

Badische Uebersicht

Die badische Landesindexziffer

Die Landesindexziffer für die Lebenshaltungskosten (ohne Bekleidung) stellt sich nach den Berechnungen des Statistischen Landesamtes vom 10. Sept. auf 1014,44,49 (1913/14=1). Die Steigerung gegenüber der Vorwoche (1548 659,47) beträgt somit 159,2 Prozent.

Kurze Nachrichten aus Baden

Die Schiffszahl des Badischen Einzelhandels vom 12. September beträgt 1.980.000.

Der Badische Volkskirchenbund evangelischer Sozialisten hält seine diesjährige Landesversammlung am 29. und 30. September in Karlsruhe ab. Als Redner sind Pfarrer Eckart von Weersburg und Universitätsprofessor Dr. Ehrenberg von Heidelberg bestellt.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

am 12. September vorbörslich
Tendenz: ohne Geschäft fest.

	11. September	12. September	11. September
Amsterdam	38.600.000	25.927.000	25.211.000
Kopenhagen	—	11.979.000	12.400.000
Italien	—	2.912.000	2.700.000
London	450.000.000	229.259.000	231.071.000
Neuyork	100.000.000	66.031.500	67.100.000
Paris	—	3.740.500	3.875.500
Schweiz	—	11.070.000	12.091.000
W Prag	—	1.975.000	1.981.000

Die kleine Ziffer bedeutet die Zuteilung in Prozent.

Wertbeständige Anlagen

Zur Anlage für Auslandgelder und als wertbeständige Effekten sind zugelassen:

Wetter Kurs: (in Tausend Mark)	
5% Badische Kohlenwert-Anleihe	ca. 350.000
5% Rhein-Ruhr-Kohlenwert-Anleihe	ca. 340.000
5% Rhein-Ruhr-Donaueis-Anleihe	—
7% Redarwerke-Goldanleihe	—
5% Preussische Kali-Anleihe pro 100 kg	—
5% Sächsische Hütten-Anleihe pro Ztr	ca. 60.000
5% Süddeutsche Zement-Anleihe	ca. 30.000
Dollaranleihe des Deutschen Reichs	—
Ferner nennen wir noch die nicht minderwertigen	—
5% wertbeständige Anleihe Freudenberg Carl, G. m. b. H., Leder, abtrif Weinheim	ca. 17.000

Der Dollar hundert Millionen. Im heutigen vorbörslichen Verkehr hat in Berlin der Dollar hundert Millionen Markt gelistet. Eine solche Zahl ist selbst bei größtem Optimismus nicht berechtigt. Die „Frankf. Ztg.“ weist darauf hin, daß in den letzten Tagen auffälliger Weise mehrfach die Bewertung der Markt im Inlande sich ganz wesentlich von der Bewertung, die ihr das Ausland zuteil werden ließ, unterschied. Regelmäßig stand der Marktpreis des Auslandes stark über der Innenbewertung, die die Markt erfuhr. So — um ein Beispiel anzuführen — stellte Newyork am 10. d. M. den Dollar einem Betrage von etwa 40 Millionen Mark gleich, während am gleichen Abend in Deutschland der Dollarwert 60 Millionen Mark war und am 11. früh noch über dieses Niveau erheblich hinausging. In diesen sich wiederholenden Preisdifferenzen kann man den Grad der Panik erkennen, der den deutschen Währungsmarkt ergriffen hat. Daß die Markt — wenn auch in bescheidenen Mengen — im Auslande höher bewertet wird als bei uns, hat seine Ursache in der valutärisch fast verweirten Stimmung, die, zumal angefaßt der neuen Währungsprojekte und des Kriegszustandes des Ruhrkampfes, den Massenmetenausstoß der Reichsbank zu einem sehr großen Teile in Devisen flüchten läßt — eine Konversion, an der sich besonders das mit den „Ruhrgeldern“ bedachte Gebiet leider mit größter Intensität beteiligt. Die Preisdifferenz der Markt zwischen Newyork und Berlin ist ein lautes Zeichen der völligen Unhaltbarkeit unserer Währungs- und Finanzverhältnisse.

Verschiedenes.

Notgeldschwindel einer Aktiengesellschaft

Aus dem Rheinland melden die Blätter, daß die Verbands-Aktiengesellschaft Ruhr und Lippe für 50 Millionen Notgeld ausgegeben hat, ohne dafür Deckung zu haben. Die Direktoren sind verhaftet worden. Die Unternehmung, die sich zunächst auf die verbotswidrige Ausgabe des Notgelds erstreckte, erbrachte den Verdacht eines großartig angelegten Betruges. Die verhafteten Direktoren haben die ungelassene Deckung des Notgeldbetrages trotz mehrfacher Aufforderung nicht nachgeholt. Offenbar, weil sie dazu nicht in der Lage waren und weil sie die Ausgabe von Notgeldscheinen zur Finanzierung ihres Unternehmens, nicht aber zur Abhilfe eines Mangels an Zahlungsmitteln trotz ausreichenden Konten ins Werk gesetzt haben. Voraussetzungen werden geschäftlich sein diejenigen, die im Vertrauen auf das Vorhandensein einer Deckung das Notgeld angenommen haben. Infolge rechtzeitiger Anzeige der Handelskammer Bochum bei der Staatsanwaltschaft konnten noch 20 Millionen vor der Ausgabe beschlagnahmt werden.

Das Erdbeben in Japan

In Japan ist man außerordentlich beunruhigt darüber, daß der Heilige Berg des Landes, der „Fujihama“, der berühmteste Vulkan, der seit dem Erdbeben in einem Wollenmeer verschwunden war, jetzt, nachdem das Wetter klar geworden ist, in völlig veränderter Gestalt wieder sichtbar wurde. Dieser Schicksal des Heiligen Berges sowie die Tatsache, daß die Insel Oshima in der Nähe von Fokohama, auf der sich ein Vulkan befand, nach dem Beben verschwunden war und jetzt wieder aufgetaucht ist, während der Vulkan sich häufig in Tätigkeit befindet, lassen darauf schließen, daß die Neubildung der Erdoberfläche an der japanischen Küste noch nicht beendet ist. In Tokio haben neue schwere Erdbeben stattgefunden. — Der japanische Volkshüter in London erklärte einem Mitarbeiter der „Daily Mail“, daß die japanische Regierung annehme, der Wiederaufbau von Tokio und Fokohama werde wohl Jahre dauern. Die japanischen Industriegebiete und das Bergbaugelände seien nicht in Mitleidenschaft gezogen worden. Die japanische Regierung hat beschlossen, für den Wiederaufbau der durch das Erdbeben zerstörten Gebiete die Summe von 530 Millionen Yen (die dem augenblicklichen Kursstande entsprechend ungefähr 42 Milliarden französische Franken ausmachen) zu verwenden. Die Regierung glaubt, trotz der augenblicklichen Schwierigkeiten der Wiederaufbau mit dieser Summe durchführen zu können.

Schweres Schiffsunglück in Kalifornien

In Asien und im Pazifik nehmen die Naturereignisse, die mit der japanischen Katastrophe in Zusammenhang stehen, immer noch ihren Fortgang. Das Erdbeben in Kalifornien hat damit ebenso im Zusammenhang wie ein schweres Schiffsunglück an der kalifornischen Küste, bei dem sieben amerikanische Torpedobootszerstörer und der Postdampfer „Cuba“ sanken. Das Unglück wird in amerikanischen Marinekreisen so erklärt, daß unterirdische Felsblöcke, die früher nicht im Bereich des Troganges größerer Schiffe lagen, durch die Katastrophe in Japan gelöst worden sind.

Das Unglück, das sich in der Nähe von St. Miguel ereignete, stellt sich jetzt als der schwerste Unfall dar, der die amerikanische Kriegsflotte jemals im Frieden betroffen hat. Um dem am Samstag gescheiterten Dampfer „Cuba“ (dem früheren deutschen Dampfer „Coblenz“) Hilfe zu leisten, wurden sieben Torpedoboots zerstört, die bei dem unglücklichen Wetter und hohem Seegang gegen ein hundert Meter langes, bisher vollkommen unbekanntes Riff fuhren, und zwar mit größter Geschwindigkeit, d. h. mit 36 Knoten die Stunde. 500 Mann der Besatzungen konnten gerettet werden, 25 bis 30 Matrosen ertranken und etwa 26 wurden schwer verletzt. Einige weitere werden vermisst. Die Mannschaft der „Cuba“, die u. a. 2½ Millionen Dollars in bar an Bord hatte, wurde von dem Torpedoboot „Meno“ geborgen. Acht Passagiere werden vermisst.